samen monatelangen Ringen, das sich weit entfernt von den Erfolgen der deutschen Armee abspielte, und dessen Wert für den Gesamtausgang des Krieges in der Heimat erst spät, dann aber um so dankbarer anerkannt wurde. Das Eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse und das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite, gleichbedeutend mit einer Neuverleihung dieses höchsten kriegerischen Ehrenzeichens, war der äußere Lohn, den Kaiser Wilhelm dem verdienten Chef des Generalstabs des 14. Armeekorps zu teil werden ließ, höher aber galt diesem die Wertschätzung, die sein oberster Kriegsherr nun dem bewährten zu den höchsten Aufgaben berufenen Truppenführer bei jeder Gelegenheit zu erkennen gab. Es ist dem General nicht vergönnt gewesen, noch einmal vor dem Feinde diese vollberechtigten großen Erwartungen zu bestätigen; aber auch im Friedensdienst hat er bis zu seinem Ausscheiden durch Ausbildung und Belehrung aller seiner Untergebenen vorbildlich und segensreich gewirkt. Möchte die preußische Armee immer Männer in ihren Reihen und unter ihren Führern zählen wie den General der Infanterie Paul von Leszczynski, tapfer in der Tat, weise im Rat, dann wird es gut um sie stehen. Ihm aber, dem hochverehrten General, ein ehrfurchtsvolles herzliches Glückauf an seinem heutigen schönen Gedächtnistage. Möge Gott ihn dem Vaterlande, zu dessen edelsten Söhnen er gehört, noch lange erhalten!

Deutsches Reich.

* Am Sonntag hat in Berlin eine Sitzung des **Gesamtvorstandes** des **Deutschen Flottenvereins** stattgefunden. Es wurde nachstehende Resolution ohne Widerspruch angenommen:

Gemäß § 2 seiner Satzungen ist der Deutsche Flottenverein ein Verein, der zwecks Schaffung einer starken Flotte vaterländische Aufgaben zu verfolgen hat und über den Parteien und Konfessionen steht. — Nachdem die drei anwesenden Mitglieder des alten Präsidiums die Erklärung abgegeben hatten, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen eine Wiederwahl nicht annehmen könnten, wurde der Antrag der Thüringer Landesverbände auf Wiederwahl des alten Präsidiums abgelehnt und eine Kommission zur Vorbereitung der Wahl des neuen Präsidiums gewählt. — Der geschäftsführende Ausschuß. gez. Busley, gez. Ravené.

* Ueber die Anwendbarkeit **des § 7 des Vereinsgesetzes** auf die schleswig-holsteinischen Kreise wurde schon mitgeteilt, daß die Kreise Hadersleben, Apenrade und Sonderburg unter die Bezirke mit alteingesessener fremdsprachlicher Bevölkerung von mehr als 60 pCt. fallen. Der Kreis Tondern hingegen bildet nur in seinem nördlichen Teile, der Propstei Nordtondern, ein allerdings in sich völlig abgeschlossenes dänisches Sprachgebiet. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Leonhart schreibt nun im Hinblick auf den § 7:

„Auf eine von mir an den Minister des Innern, Herrn v. Moltke, am 3. April gerichtete Anfrage erklärte derselbe mir mündlich, daß er in dieser Frage Entgegenkommen zeigen werde, insbesondere beabsichtige er nicht, eine Politik der Nadelstiche gegen die Dänen zu treiben. Von einem anderen Regierungsvertreter wurde mir gesagt, daß in Nordschleswig diejenigen außerhalb der drei genannten Kreise gelegenen Gemeinden, welche mehr als 60 pCt. dänische Bevölkerung haben, das Recht, die dänische Sprache in Versammlungen zu gebrauchen, behalten sollen. Ebenso soll der Gebrauch der friesischen Sprache unter die Ausnahmen des § 7 fallen. Diese Erklärungen der preußischen Regierung haben den freisinnigen Abgeordneten Schleswig-Holsteins ihre Zustimmung zum Vereinsgesetz wesentlich erleichtert."

* Nach einer Entscheidung des Unterrichtsministers ist es nicht zulässig, Kandidaten des **höheren Schulamts** Reisekosten und Tagegelder zu gewähren für eine Reise, die sie unternehmen, um den Dienst an der ersten Anstalt anzutreten, welcher sie zugewiesen sind. Es macht hierbei keinen Unterschied, ob sie der Anstalt zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen werden, oder ob ihnen für ihre Beschäftigung eine Remuneration gezahlt wird.

* Der Minister für Handel und Gewerbe und der Minister für Landwirtschaft haben den Normalentwurf einer Polizeiverordnung, betreffend Aufstellung, Beschaffenheit und **Betrieb von beweglichen Kraftmaschinen** den Oberpräsidenten zugestellt. Der Entwurf soll am 1. Oktober 1908 in Kraft treten.

Aus dem Bedürfnis hervorgegangen, für die im Umherziehen betriebenen und dabei vielfach die Grenzen der einzelnen Verwaltungsgebiete überschreitenden beweglichen Kraftmaschinen in allen Teilen der Monarchie eine gleiche Rechtslage zu schaffen, will der Entwurf zugleich eine Verständigung mit den Feuerversicherungsgesellschaften über gleichlautende Bedingungen herbeiführen, unter denen bewegliche Kraftmaschinen in der Nähe von leicht entzündlichen Gegenständen und von Gebäuden betrieben werden dürfen. Aus dem letzten Grunde ist der Entwurf nicht nur mit den unmittelbar beteiligten landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreisen, sondern auch mit dem Vorstande des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland, des Verbandes deutscher Feuerversicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und der Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privatfeuerversicherungsgesellschaften eingehend beraten worden. Diese Verhandlungen haben zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß die den genannten Verbänden angehörenden privaten Gesellschaften und öffentlichen Sozietäten sich bereit erklärt haben, in der Folge ihren Versicherungsbedingungen die in der zu erlassenden Polizeiverordnung enthaltenen Vorschriften zu Grunde zu legen und in Bezug auf feuerpolizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen in der Regel von weitergehenden Anforderungen abzusehen.

* In der Bromberger Ostdeutschen Rundschau wird eine Betrachtung über das **Hochtreiben der Bodenpreise im Osten** angestellt. Diese Erscheinung sei eine Folge des polnischen Aufkaufens, wie sie besonders der Posener Güteragent Biedermann betrieben habe. Das Blatt schreibt hierzu:

Biedermann ist nun natürlich in nicht geringer Sorge, daß das Enteignungsgesetz ein Fallen der künstlich hochgeschraubten Güterpreise zur Folge haben könnte, wodurch er ebenso wie alle diejenigen Polen, die von ihm Güter zu horrenden Preisen erworben haben, in die schlimmsten Schwulitäten geraten würde. Er entwickelt daher bereits öffentlich Ideen zur Abwendung solchen Unheils. Er hat sich nämlich von einem polnischen Journalisten aus Warschau interviewen lassen und dabei folgendes ausgeführt: Die Polen dürften unter keinen Umständen freiwillig der Ansiedlungskommission Güter anbieten, sondern müßten es auf die Enteignung ankommen lassen; sie müßten schlecht situierte polnische Besitzer unterstützen, damit diese nicht gezwungen sind, zu verkaufen; endlich müßte sich eine große polnische Landbank bilden, die alle zur Subhastation gelangenden Ländereien aufkaufe. Auf diese Weise könne man die Güterpreise hochhalten und zwinge die Ansiedlungskommission bei Enteignungen zu hohen Preisen, während andernfalls ein Sinken der Preise eintreten werde und dann die Enteignung zu Schleuderpreisen erfolgen könne. — Die zu bildende polnische Landbank wäre nämlich eine Art von Versicherungsgesellschaft für Herrn Biedermann, und die dürfte dieser sehr nötig haben. Gerade er hat, wie gesagt, in den letzten Jahren verschiedene An- und Verkäufe gemacht, bei denen die Preise eine derartige Höhe erreichten, daß wohl mancher seiner Landleute zu tun haben wird, sich auf seiner Scholle zu behaupten, und daß im Falle eines starken Rückganges der Preise ein polnischer Krach kaum zu vermeiden sein dürfte. — Folgende Beispiele, bei denen wir es für heute bewenden lassen wollen, reden eine beredte Sprache: 1. Im Kreise Wongrowitz wurde das Rittergut G. von deutscher Seite für 430 000 ℳ einem deutschen Käufer angeboten, der Ankauf wurde aber wegen zu schlechter Bodenbeschaffenheit abgelehnt. Biedermann verkaufte diese Besitzung vor za. zwei Jahren für 850 000 ℳ, also für fast den doppelten Betrag, das Restkaufgeld schließt mit 690 000 ℳ. — 2. Das Rittergut R. im Kreise Schubin ist vor mehreren Jahren von einem Deutschen für 200 000 ℳ gekauft und vor za. 2 Jahren an einen Polen für 420 000 ℳ (mehr als das Doppelte!) verkauft worden. — 3. Biedermann selbst kaufte Mobrze aus deutscher Hand für 2 200 000 ℳ; deutscherseits ist die Besitzung auf 1 700 000 ℳ taxiert. Biedermann hat noch den Genuß, auf seinem Gute Mobrze zu wirtschaften, ob ihm aber die Einnahmen aus seinen Geschäften, die er bei einer Gerichtsverhandlung in Schneidemühl im vorigen Jahre auf 300 000 ℳ angab, auch jetzt noch, seit er dieses Gut besitzt, in derselben Höhe zufließen, bleibe dahingestellt. — 4. Ein Rechtsanwalt in Bromberg kaufte das Rittergut R. im Kreise Wirsitz vor mehreren Jahren für 430 000 ℳ; derselbe fordert jetzt 1 200 000 ℳ; jedoch muß der Käufer ein zuverlässiger Pole sein. Vor einigen Jahren wurden von dem Rechtsanwalt nur 640 000 ℳ gefordert. Ob selbst bei der Enteignung dieses Gutes ein höherer Preis erzielt wird, bleibt abzuwarten. Auch wäre es interessant, zu erfahren, welche Rente aus dem Gute der Herr Rechtsanwalt versteuert; man könnte hiernach den Wert desselben bemessen. — Um ein Bild zu geben bezüglich der Hypotheken auf polnischen Gütern, sei folgendes mitgeteilt: Im Kreise Wongrowitz ist eine Besitzung bereits mit 500 ℳ polnischem Gelde pro Morgen belastet! Ferner wurden in letzter Zeit Hypotheken auf polnischen Gütern, und zwar 60 000 ℳ in einem Jahre, fällig mit 5000 ℳ Damno und 40 000 ℳ zu 4 pCt. in 2 Jahren fällig mit 8000 ℳ Damno angeboten; es hat sich hierfür kein Käufer gefunden, obgleich das Gut mit letztgenannter Hypothek vor einem halben Jahre an einen polnischen Besitzer mit 200 000 ℳ Anzahlung verkauft worden ist. Dieselbe Besitzung ist vor mehreren Jahren in der Zwangsversteigerung mit 660 000 ℳ von einem Polen erstanden worden; dieser Versteigerungstermin ist von deutscher Seite ebenfalls wahrgenommen und von dieser der erzielte Preis als zu hoch bezeichnet worden. Vor kurzer Zeit wurde diese Besitzung für 1 350 000 ℳ wiederum an einen Polen verkauft, und daher ist es erklärlich, daß die Hypothek unverkäuflich ist. Selbstverständlich leidet dieser Ankauf an der alten Krankheit, der Preistreiberei polnischerseits. Diese Angaben beweisen wohl zur Genüge, wie notwendig das neue Ansiedlungsgesetz war, um die Güterpreise wieder in gesunde Bahnen zu lenken. — Da die von den Polen bezahlten Preise sich nun an ihnen selbst rächen werden, ist Biedermann schon heute bemüht, seinen Vorteil zu wahren, weil er wohl den größten Teil der Hypotheken unter seiner Garantie weitergegeben hat.

Parteibewegung.

s. u. h. In Kassel ist am Sonntag der erste Vertretertag der **nationalliberalen Jugendvereine** Preußens abgehalten worden. Nach eingehender Statutenberatung wurde als Name gewählt: „Preußischer Landesverband der Vereine der nationalliberalen Jugend" und Rechtsanwalt Dr. Fischer-Köln zum Vorsitzenden gewählt. Nach einer Rede des Abg. Bassermann wurde eine Resolution gefaßt, wonach sich der Verband für die bevorstehenden Landtagswahlen auf den Boden der Entschließung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei vom 1. März 1908 stellt und sie als eine geeignete Grundlage zur preußischen Wahlreform begrüßt. Später fand der nachfolgende Entwurf eines Wahlaufrufs Annahme:

„An die jungen Bürger Preußens! Seit mehr als einem halben Jahrhundert besitzt Preußen eine Volksvertretung nur dem Namen nach: Wichtige und ausgedehnte Bevölkerungskreise, insbesondere des Arbeiter- und Mittelstandes, sind nicht oder nur mangelhaft vertreten. Lästige und zeitraubende Formalitäten erschweren die Teilnahme an der Wahl. Die Oeffentlichkeit des Wahlverfahrens verschleiert den wahren Willen des Volkes und erweitert die wirtschaftliche Abhängigkeit zu einer politischen. Klaffende Unterschiede zwischen den Stimmrechten der einzelnen hängen von Aeußerlichkeiten und Zufällen ab. Darum verlangen wir eine moderne Volksvertretung: Direktes, geheimes Wahlverfahren, Abschaffung der heutigen Klassenwahlen, gerechtere Wahlkreiseinteilung. Das ist auch heute schon zu erreichen, wenn nur das deutsche Bürgertum sich bei den kommenden Landtagswahlen auf seine Pflichten besinnt. Ein neues liberales Wahlrecht ist die unerläßliche Voraussetzung für die Reformen, deren unser preußischer Staat so dringend bedarf. „Eine vertiefte und erweiterte Volksbildung in Stadt und Land durch gut ausgebildete und gut besoldete Lehrkräfte unter fachmännischer Aufsicht, Hinwegräumung der konfessionellen Schranken zwischen den Kindern eines Volkes, freie Bahn für die Weiterentwicklung unabhängiger Wissenschaft und Kunst. Durchdringung aller Verwaltungszweige mit modernem und praktischem Geist: Vereinheitlichung des Polizeirechts unter Abschaffung veralteter Bestimmungen, Schutz des Bürgers gegen polizeiliche Willkür und unnötige Belästigung, Vereinfachung und Erleichterung des Rechtsweges gegen Verwaltungsmaßnahmen, Ausbau der Selbstverwaltung und Anteilnahme des Mittelstandes auch an der Verwaltung der Kreise und Provinzen, Beschleunigung der Rechtspflege. Größeres Verständnis für die Bedürfnisse von Handel und Industrie, Berücksichtigung auch der kleineren Landwirte, Förderung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande, einheitliche Beamtengesetzgebung, ausreichende Besoldung und gute Vorbildung der Beamten, Fürsorge für Arbeiterstand und Mittelstand durch volkstümliche Verwaltung und durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung des Reiches durch die preußische." — Die Erfüllung dieser volksfreundlichen Forderungen in Preußen ermöglicht eine Fortsetzung der nationalen Politik im Reiche. Der glorreiche Aufschwung des nationalen Bürgertums bei den letzten Reichstagswahlen verlangt als notwendige Ergänzung den Sieg des Liberalismus in Preußen. Darum auf zum Kampf und zu ernster Arbeit!"

* Die Kölnische Volks-Zeitung hat an der Amtsführung des **Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg** eine unfreundliche Kritik geübt. Das Blatt verglich seine Tätigkeit mit der seines Vorgängers, der im Reichstage eine Geschäftsführung geübt habe, wie sie nicht leicht ein anderer erreichen werde; jeder Nachfolger Ballestrems habe einen schweren Stand; aber wie sich jetzt die Sache zugespitzt hätte, gehe es einfach nicht weiter; der Außenstehende ahne gar nicht, wie unleidlich die Verhältnisse geworden seien. Die Deutsche Tageszeitung entgegnet darauf:

„Das sind heftige Vorwürfe, an denen man nicht vorbeigehen kann. Wenn man sie liest und die Verhältnisse einigermaßen kennt, wird man auf die Begründung einigermaßen neugierig. Diese Begründung ist aber unglaublich kleinlich und überaus dürftig. Die Kölnische Volks-Ztg. wirft zunächst dem Präsidenten vor, daß er die Führung der Rednerliste den Schriftführern überlasse. Das ist formell vollkommen geschäftsordnungsmäßig. Daß Graf Stolberg die Rednerliste parteiisch führe, wagt das Zentrumsblatt nicht zu behaupten. Es wirft eine solche Handlungsweise lediglich dem zweiten Vizepräsidenten vor und muß gleichzeitig konstatieren, daß Graf Stolberg mit diesem Vorgehen seines Vertreters unzufrieden gewesen sei. Wozu also der ganze Lärm? Des weiteren wird dem Grafen Stolberg nachgesagt, daß sein Ton an die Kaserne erinnere. Das ist fast grotesk komisch. Es gibt wenig konziliantere und liebenswürdigere Persönlichkeiten als den jetzigen Reichstagspräsidenten. Weiter soll er die Glocke allzu oft und allzu stark in Bewegung setzen. Diesen Vorwurf ernstlich zu widerlegen, ist nicht nötig. Ferner soll nach dem Zentrumsblatt Graf Stolberg es in der Regel versäumen, zur Sache zu rufen; wenn er es aber tue, so geschehe es an falscher Stelle. Das ist richtig, daß im Reichstag verhältnismäßig selten zur Sache gerufen wird; dieser Vorwurf mußte aber dem Grafen Ballestrem ebenso gemacht werden. Wir erinnern nur daran, daß die scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Eugen Richter und der Sozialdemokratie stattfanden, als über die Frage der Zuckersteuer verhandelt wurde. Damals machte Graf Ballestrem, indem er seine Unterlassung selbst kritisierte, den hübschen Scherz, daß das, was Richter und die Sozialdemokraten sagten, nicht „der reine Zucker" sei; er habe aber versäumt, zur rechten Zeit einzugreifen, so daß er die Erörterung nicht abschneiden könne. Wenn dann die Kölnische Volkszeitung zum Belege dessen, daß Graf Stolberg an der falschen Stelle zur Sache zu rufen pflege, anführt, daß er bei der Beratung des Etats des Reichstages erklärt habe, die Frage, ob die Fraktur- oder die Antiquaschrift vorzuziehen sei, gehöre nicht zum Etat des Reichstages, so wird man darin dem Präsidenten unbedingt zustimmen müssen. Das ist die Begründung, die für den schweren Vorwurf gegen den Grafen Stolberg ins Feld geführt wird. — Demgegenüber muß denn doch hervorgehoben werden, daß es dem Präsidenten gelungen ist, die Arbeiten des Reichstags so zu fördern, wie es seinem Vorgänger nicht immer beschieden war. Auch die Reichstagspräsidenten sind nur Menschen. Sie sind bisweilen Irrtümern und Stimmungen unterworfen, und nicht immer gelingt es ihnen, in schneller Entschließung das absolut Richtige zu treffen. Graf Stolberg hat aber sein Amt bisher in einer Weise geführt, die, wenn man unbefangen urteilt, Anerkennung verdient. Es fehlt ihm freilich der befreiende Humor Ballestrems, der über manche Schwierigkeiten spielend hinweghalf. Für den Mangel solchen Humors ist aber niemand verantwortlich zu machen. Er ist eine Gottesgabe, die durch Künstelei nicht ersetzt werden kann. Auch Graf Ballestrem versagte manchmal. Wir erinnern nur an die lex Heinze, bei deren Beratung er tatsächlich die Nerven verlor und die heftige und unfreundliche Kritik seiner eigenen Parteigenossen herausforderte. Wir erinnern ferner an die Beratung des Zolltarifs, die vielleicht nicht erfolgreich hätte beendet werden können, wenn dem Grafen Ballestrem nicht damals die Vizepräsidenten und besonders der jetzige Präsident Graf Stolberg zur Seite gestanden hätte. Es wäre uns nicht eingefallen, diese nachträgliche Kritik an der Amtsführung des von uns sehr hoch geschätzten Grafen v. Ballestrem zu üben, wenn die Köln. Volks-Zeitung uns nicht dazu herausgefordert hätte."

* Am Freitag hielt die Ortsgruppe Berlin der **Deutschen Mittelstandsvereinigung** eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Der Vortragende war der zweite Vorsitzende des rheinisch-westfälischen Landesverbandes in Düsseldorf. Er knüpfte an die geringen Erfolge der Werbetätigkeit der Mittelstandsvereinigung besonders in Berlin an. Es sei in beinahe vier Jahren nicht gelungen, den Mitgliederbestand über eine verhältnismäßig geringe Zahl hinauszubringen. Ein erheblicher Teil der Mitglieder sei abgesprungen, weil durch Vorstandsbeschluß der Beitrag von 2 auf 3 ℳ erhöht wurde. Die großartigen Erfolge, die man in Düsseldorf und in der Rheinprovinz im allgemeinen mit der Selbsthülfe erzielt hat, müßten auch die Berliner zu einer durchgreifenden Aenderung der Taktik nötigen. In Düsseldorf habe man durch Gründung von Rabattsparvereinen, denen eine größere Zahl von kleineren und mittleren Geschäftsleuten angeschlossen sind, die Mittelstandsvereinigung so lebensfähig gemacht, daß sie jetzt das Versicherungswesen in die Hand nehmen, eine Transportzentrale, einen Zentralarbeitsnachweis und ähnliches einrichten will. Sie beschäftigt nicht weniger als 22 angestellte Beamte. In Berlin lasse sich, so meinte der Redner, dasselbe erreichen. Notwendig wäre in erster Linie jedoch ein vollständiger Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten. Antisemitismus müsse vollständig aus der Mittelstandsvereinigung ausscheiden. Zur Umwandlung der Berliner Organisation will die Düsseldorfer Ortsgruppe 6000 ℳ zur Verfügung stellen und einen Beamten nach hier senden, der die ersten Einrichtungen zu treffen hat. — An Stelle der beiden Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe, des Obermeisters Rahardt und des Postsekretärs Stockmann, die ihre Aemter niederlegten, wurden die Herren Fritz Schmidt und Ernst Hagemann gewählt.

* Die unentwegten „Genossen" erleben viel Verdruß in diesen argen Zeiten! Jetzt hat sich gar eine Versammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine im Großherzogtum **Oldenburg** mit der Haltung der dortigen Landtagsfraktion einverstanden erklärt, weil „die Vorzüge des zukünftigen Wahlgesetzes nach dem jetzigen Stande der Reform größer sind, als die Verschlechterungen, wie sie die Verlängerung der Wahlperiode und die dreijährige Karenzzeit darstellen". — Ob nun die gesamten oldenburgischen „Genossen" aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden? Ohne Zweifel wäre diese Konsequenz fällig, nach der Erbitterung bemessen, mit der die Sozialdemokratie andere Parteien wegen derselben Haltung behandelt hat. Oder aber der Vorwärts unternimmt wieder eine seiner „Beweis"-Kampagnen, — daß nämlich alles nie so gewesen, und obendrein ganz anders ist.

Heer und Flotte.

* **S. M. S. Sperber** ist am 10. April in Mossamedes eingetroffen und am 12. April von dort nach Swakopmund in See gegangen. — S. M. Flußkanonenboot **Vorwärts** ist am 12. April in Kikiang (Yangtse) eingetroffen und geht am 21. April von dort nach Hankau ab. — S. M. S. **Loreley** ist am 13. April von Rhodos nach der Kovela-Bai (Milet) in See gegangen. — Der Reichspostdampfer **Goeben** mit dem Zweigtransport der abgelösten Besatzung des Kiautschougebietes an Bord ist am 11. April in Gibraltar eingetroffen und an demselben Tage weitergegangen. — S. M. S. **Zieten** ist am 10. April von Wilhelmshaven nach Emden gegangen. — S. M. S. **Rhein** ist am 11. April in Kuxhaven eingetroffen. — S. M. S. **Viktoria Luise** ist am 11. April von Wilhelmshaven nach Kiel gegangen und am 12. April dort eingetroffen. — Die **I.** und **II. Manöverflottille** sind am 11. April in Swinemünde eingetroffen. — Die **I. Minensuchdivision** ist am 12. April in Kuxhaven in Dienst gestellt.

Ausland.

Frankreich.

* **Tourcoing**, 12. April. Heute nacht explodierte im Eingang zu dem Gebäude des Polizeikommissariats des dritten Arrondissements eine Bombe, die auf die Schwelle gelegt worden war. Ein Chauffeur, der den Zünder der Bombe hatte auslöschen wollen, wurde sehr schwer im Gesicht verwundet. Im Kommissariat und den benachbarten Gebäuden zersprangen sämtliche Fensterscheiben. Ein aus Belgien stammender Anarchist wurde verhaftet.

* **Paris**, 12. April. In Suresnes wurde heute eine Büste Emil Zolas enthüllt. Ministerpräsident Clemenceau hatte zu der Feierlichkeit einen Vertreter entsandt. Es sprachen mehrere Redner. Während der Reden wurden von einer Anzahl junger Leute mehrfach Rufe ausgestoßen, die sich gegen Zola richteten. Zehn Verhaftungen wurden vorgenommen, von denen aber nur vier aufrecht erhalten werden sollen.

Der Unterstaatssekretär des Krieges Chéron verfügte den Ausschluß von 30 Lieferanten von den Lieferungen und Verkäufen für das Kriegsdepartement, weil sie den Truppen verdorbene Wurstwaren geliefert oder zu liefern versucht hatten.

* **Trévoux** (Dep. Ain), 12. April. Bei der heute hier stattgehabten Ersatzwahl zur Deputiertenkammer wurde Bollet (Radikaler) gewählt.

Portugal.

* **Lissabon**, 13. April. Der französische Kolonialminister Milliès-Lacroix ist hier eingetroffen.

Griechenland.

* **Athen**, 12. April. Heute fand eine von zwei Abgeordneten der Opposition veranstaltete Versammlung zum Zwecke des Protestes gegen das bekannt gegebene Programm für die Reorganisation der griechischen Flotte statt, die von 2000 Teilnehmern besucht war und eine Resolution gegen die Ausführung des Programms annahm.

Aus Berlin.

Montag, 13. April.

* Das **Kronprinzenpaar** wohnte am Sonnabend abend dem Sportfest bei, das der Reichsausschuß für olympische Spiele im Zirkus Busch veranstaltet hatte. In dem den Zirkus füllenden Publikum sah man Prinz Salm-Horstmar, Kultusminister Dr. Holle, Polizeipräsident v. Stubenrauch.

* Die **Frau Kronprinzessin** besuchte heute vormittag das Hohenzollern-Kunstgewerbehaus Friedmann u. Weber, Leipzigerstr. 13, und machte in den verschiedenen Abteilungen, die sie mit großem Interesse besichtigte, vielfache Ankäufe.

* Den Charakter als **Geheimer Sanitätsrat** haben erhalten die Sanitätsräte Dr. Jakob Ewer, Dr. Ernst Patschkowski-Charlottenburg, Dr. Ernst Peikert, Dr. Karl Schmidtlein-Charlottenburg und Dr. Egbert Stern. — Der Charakter als **Sanitätsrat** ist verliehen worden den Aerzten Dr. Theodor Apolant, Dr. Badekow-Charlottenburg, Dr. Roman Behnke, Dr. Johannes Braune-Rixdorf, Dr. Alfred Friedländer, Dr. Paul Friedländer, Josef Grosser, Dr. Hermann Jacob, Dr. Emil Lövinsohn-Charlottenburg, Dr. Philipp Manché, Dr. Alfred Neisser, Dr. Jean Paul Palmié-Charlottenburg, Dr. Ruben Reimann, Dr. Paul Rosenberg-Charlottenburg, Dr. Wilhelm Schlayer-Charlottenburg, Dr. Max Schultze, Dr. Ludwig Sperling, Dr. Arnold Straßmann, Dr. Paul Steffeck-Charlottenburg, Dr. Gustav Benn-Schöneberg, Dr. Oskar Wetekamp und Dr. Alfred Wolff.

* Die **Neue Kirche** auf dem Gendarmenmarkt wird am Ostersonntag ihr 200jähriges Jubiläum festlich begehen. Der Pfarrer der Gemeinde, D. Kirmß, hat eine Festschrift herausgegeben, aus der man ersieht, daß diese Kirche von den ersten Anfängen der Friedrichstadt alle Stürme der Zeit durchgemacht hat. Die deutschen Protestanten der Friedrichstadt waren auf die Jerusalemskirche angewiesen. Nachdem am 11. August 1701 der Grundstein der Neuen Kirche gelegt worden war, erfolgte die Einweihung des von Simonetti geleiteten Baus am zweiten Ostertag 1708. Die Kirche wurde nacheinander Friedrichstädtische, Friedrich-, Neue Markt-, auch Deutsche Kirche und zuletzt Neue Kirche genannt. Neben der Kirche lag die Kaserne des Reiterregiments der Gendarmen. Friedrich Wilhelm I. ließ 1737 im Viereck um die Kirche Pferdeställe für die Gendarmen aufführen, und die Kirchenbesucher mußten, um in das Gotteshaus zu gelangen, durch die Ställe gehen. Dieser Zustand blieb bis zum Jahre 1773 bestehen, bis Friedrich II. die Stallungen niederreißen ließ. Der Gedanke, die beiden Kirchen auf dem Gendarmenmarkt mit Türmen zu versehen, stammte von Friedrich dem Großen. Als Vorbilder dienten die zwei Marienkirchen auf der Piazza del Popolo in Rom. Am 27. Mai 1780 wurde der Grundstein zum Deutschen Dom, der in Berlin populären Bezeichnung der Neuen Kirche, gelegt. Als nach der Schlacht bei Jena Napoleon I. mit seinem Heere in Berlin einzog, wurde die Neue Kirche zum zweiten Male eine Stallkirche, indem die französische Kavallerie ihre Pferde darin unterbrachte. 1834 wurde die Kirche unter Leitung des Stadtbaurats Langerhans im Innern umgebaut. Im Sturmjahr 1848 stand das Gotteshaus inmitten der Märzereignisse. In ihrem Innern wurden die Gefallenen aufgebahrt. Im Jahre 1881 ging man an den Umbau der Neuen Kirche, der ihr ihre jetzige Gestalt gab. Das Relief über dem Hauptportal wie die sechs allegorischen Gestalten auf der Attika und die Reliefs in den fünf Zwickeln des Innern sind Werke des Prof. Otto Lessing. Die Einweihung wurde am 17. Dezember 1882 in Gegenwart des Kronprinzen, nachmaligen Kaiser Friedrichs, vom Generalsuperintendenten Brückner vollzogen. In den 200 Jahren haben im ganzen 24 Prediger an der Neuen Kirche gewirkt. Die Gemeinde ist in neuer Zeit Personalgemeinde geworden, d. h. eine Anzahl Familien, die über Berlin und Vororte verstreut wohnen, hält sich zur Neuen Kirche bezw. zu einem ihrer Prediger. Als Prediger sind gegenwärtig D. Kirmß, D. Kind und Lic. Torge tätig.

* Der **Verein der Volkskindergärten** in Berlin hielt am 8. d. seine 45. Generalversammlung ab. Hierbei konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß das abgelaufene Jahr für den Verein ein sehr bedeutungsvolles gewesen ist. Die Stadt Berlin hatte durch eine wesentliche Erhöhung ihres Zuschusses sowie dadurch, daß sie Schulräume unentgeltlich zur Verfügung stellte, den Verein in den Stand gesetzt, in noch umfassenderer Weise seine Aufgaben zu erfüllen und seine Einrichtungen auszugestalten. In letzterer Richtung ist insbesondere durch die Anstellung von Aerzten zur Beaufsichtigung des Gesundheitszustandes eine wichtige Neuerung getroffen worden. Ferner wurde beschlossen, die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister herbeizuführen. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden, Stadtverordneten Jastrow und Abgeordneten Rosenow, der Schatzmeister, des Kaufmanns Hirsch (Loeser u. Wolff) und Prokuristen List, der Schriftführer, Lehrer Zehnisch und Syndikus Meyer, sowie 15 Beisitzer und Beisitzerinnen. Neugewählt wurden zu Beisitzern die Herren: Handelskammermitglied Bry, die Stadtverordneten Groß und Runge zu Berlin und Stadtrat Sachs zu Charlottenburg.

* Wie in den Vorjahren veranstaltete der **Berliner Turnrat** mit den befreundeten Vereinen der Provinz Brandenburg aus Alt-Glienicke, Köpenick, Frankfurt a. O., Lichtenberg, Neudamm, Potsdam, Rathenow, Rummelsburg, Spandau, Strausberg und Wittenberge gestern nachmittag in der städtischen Turnhalle, Prinzenstr. 70, ein Musterriegenwettturnen. Nicht weniger als 65 Riegen traten zum Wettbewerb an. An Barren, Reck, Schaukelringen und Pferd wurden durchweg gut durchgebildete turnerische Leistungen gezeigt, die in Verbindung mit Stabübungen, Keulenübungen und Stoßübungen ein abwechselndes Bild ergaben. Dem Turnen folgte ein geselliges Beisammensein im Kellerschen Festsaal, Köpenickerstraße, wobei auch die Ehrenurkunden durch den Oberturnwart Kregenow verteilt wurden. Beim Gerätturnen erzielten den 1. Rang Turnverein Guts Muts-Berlin (Schaukelringe), den 2. Turnverein Froh und Frei-Berlin (Schaukelringe) und den 3. Männerturnverein Köpenick (Barren); bei den Uebungen mit Handgeräten standen an der Spitze die Riegen des Spandauer Männerturnvereins, die Keulenübungen und Stoßfechten vorführten. Von den Altersriegen wurden ausgezeichnet die der Charlottenburger Turngemeinde (Reck) und die des Vorstädtischen Turnverein-Berlin (Barren). Im ganzen hatten 30 Riegen Ehrenurkunden errungen.

* Uns wird geschrieben: Auf dem an der Gummifabrik in Groß-Lichterfelde-Ost bei Berlin gelegenen **Wettlege-Geflügelhofe** herrscht jetzt ein immer reger werdendes Leben. Täglich mehrt sich die Zahl der Besucher, die Sonntags über 100 beträgt und, da das erste deutsche Wettlegen bis zum 1. Oktober dauert, zur wärmer werdenden Jahreszeit sich bedeutend erhöhen wird. Der Besucher findet hier 68 Hühnerstämme vertreten, die nur den Nutzrassen angehören und aus allen Teilen Deutschlands von den berühmtesten Leistungs- bezw. Hochzüchtern eingeschickt worden sind. Jeder dieser Stämme besteht aus einem Hahn und 6 Hennen, die einen gesonderten Stall und einen gesonderten Grasauslauf von za. 200 Quadratmeter zur Verfügung haben. Diese Hochzuchthühner, die trotz der kalten Ställe, welche der Abhärtung und Widerstandsfähigkeit der Tiere dienen sollen, den ganzen Winter gut überstanden haben, zeichnen sich jetzt durch immer größer werdende Legetätigkeit aus. Manche Henne hat sogar im Februar, also in 29 Tagen 25 Eier gelegt. Die Legeergebnisse, die regelmäßig in der Deutschen landwirtschaftlichen Geflügelzeitung veröffentlicht werden, für den Monat März waren noch günstiger, indem es ein Stamm von 6 Hühnern auf 140 Eier, eine Henne also im Durchschnitt auf rund 24 Eier pro Monat brachte. Nach allen Teilen Deutschlands werden jetzt Bruteier von diesen Hochzuchtstämmen verschickt, welche durchweg 4 ℳ pro Dutzend kosten und bei der Leitung des Wettlegegeflügelhofes bestellt werden können. — Der Zweck des Wettlegens ist nicht etwa, die beste Hühnerrasse herauszufinden; denn von fast jeder Rasse kann man durch Zuchtwahl beste Leger erhalten. Vielmehr soll das Wettlegen den Züchter am Jahresschluß herausfinden, dessen Stamm das meiste geleistet hat, und auch die Geflügelzüchter anspornen, ihre Hühner immer mehr und mehr auf Leistung zu züchten. Endlich soll aber auch das Wettlegen immer weitere Kreise für Geflügelzucht interessieren, die ja doch mit Recht als der rentabelste Zweig der Landwirtschaft gilt. Die Fälle sind nicht selten und in den Geflügelzeitungen veröffentlicht worden, in denen mancher Geflügelzüchter auf verhältnismäßig kleinem Terrain von 40—50 Zuchthühnern eine Reineinnahme von über 1000 ℳ erzielte. Daß man diese Summe nicht von gewöhnlichen Landhühnern, sondern nur von Rassehühnern erreichen kann, versteht sich von selbst.

ad. Eine **Sternwarte** will der Charlottenburger Magistrat auf Westend errichten. Die hohe Lage auf Westend läßt den Ort hierzu besonders geeignet erscheinen. Die Sternwarte soll auf dem Neubau des Reform-Realgymnasiums errichtet und für den Unterricht der höheren Klassen in der mathematischen Geographie nutzbar gemacht werden. Sie soll einen Turm mit drehbarem Dach erhalten. Als innere Einrichtung ist je ein Refraktor, Universalinstrument und eine Pendeluhr mit elektrischem Registrierapparat vorgesehen. Die Sternwarte soll nicht nur den Schülern des Reform-Realgymnasiums zugänglich sein, sondern auch Schülern anderer Anstalten Gelegenheit bieten, praktischen Unterricht in der Sternkunde zu treiben. Für die Anlage fordert jetzt der Magistrat 18 500 ℳ von den Stadtverordneten.

* **Aus Spandau** berichtet der A. f. H.: Der Vertrag zwischen dem Kriegsminister und der Stadtgemeinde Spandau ist nunmehr vollzogen und hier eingetroffen. In kurzer Zeit werden die Wälle, die Jahrhunderte hindurch die Entwicklung Spandaus aufgehalten haben, verschwunden sein, und neues Leben wird aus den Ruinen blühen.

* **Zwischenfall im Palast-Theater.** Gestern abend gegen 9½ Uhr begann im Palast-Theater der Entscheidungskampf zwischen den Ringern Strenge und Kornatzki. Nachdem der Kampf bereits über eine Stunde gedauert hatte, gelang es Strenge, den Polen zu werfen. Der Jubel des Publikums war endlos, als plötzlich von der I. Galerie rechts ein Bierglas auf die Bühne geworfen wurde. Mit Hülfe des Ringers Pohl ermittelte man als Störenfried den 49 Jahre alten Schlosser Robert Halsband, der zugab, daß er Kornatzki habe treffen wollen. H. wird sich wegen ruhestörenden Lärms und groben Unfugs zu verantworten haben.

rg. **Zum Leichenfund im Tiergarten.** Die Persönlichkeit des ermordeten Burschen ist nunmehr festgestellt. Er war der 15jährige zu Körösmezo in Ungarn geborene jüdische Schneiderlehrling Feitas gen. Hermann Blecher, der seit einem halben Jahre bei dem Schneidermeister Laub, auch einem Ungarn, in der Steinstraße 1 in der Lehre war. Sein Vater, Lobe Itzig Blecher, ist Kassierer in einem Abzahlungsgeschäft in der Auguststraße und wohnt als Witwer in der Lothringerstraße.

Am Sonnabend meldete sich bei der Polizei ein Knopflochschneider Lehrer mit einer Bekundung über den Hermann Blecher, von dem er wußte, daß er seinem Meister davongelaufen war. Lehrer, der alte Blecher und Laub glaubten an dem Kopfe den Vermißten zu erkennen. Sie gaben an, daß der Junge an einem Leistenbruch gelitten habe und zuletzt im Krankenhause der jüdischen Gemeinde in der Auguststraße behandelt worden sei. Dr. Aron und Prof. Dr. Karewski, die Aerzte dieses Krankenhauses, erkannten in der Leiche den Blecher. Jetzt wurde auch an den Leichenteilen der Bruch festgestellt. — Nun wurde über den Burschen folgendes festgestellt: Am Sonntag, den 5. d. ist er seinem Meister Laub davongelaufen, weil er von einem Gesellen, dem er frech gekommen war, eine Ohrfeige bekommen hatte. Man beachtete es nicht, denn es war nicht das erste Mal. Wenn er weglief, handelte er ein paar Tage mit Pfefferkuchen und dergleichen und kehrte dann zurück. Deshalb beschränkte sich Laub darauf, dem alten Blecher Mitteilung zu machen. Durch Lehrer erfuhr man, daß Blecher noch am Montag im Jüdischen Krankenhause gewesen war. Dort hatte ihm der Arzt aufgeschrieben, wie er sein Bruchband ändern lassen müsse. Mit diesem Schein ging der Junge zu dem Bandagisten Paalzow in der Oranienburgerstraße. Am Dienstag sollte er das geänderte Bruchband abholen. Er kam aber nicht wieder. Am Montag abend um 9 Uhr kam Blecher zu Lehrer, klagte ihm über Hunger und wollte bei ihm übernachten. Lehrer gab ihm einige Stullen, konnte ihn aber in seiner engen Behausung nicht über Nacht behalten. Um 10 Uhr sah ein Bekannter den Jungen durch die Münzstraße gehen. Hier ist die Spur zu Ende. — Nach dem Mageninhalt waren die Stullen Lehrers nicht die letzte Mahlzeit des Ermordeten, dessen Leiche am Mittwoch morgen aufgefunden wurde. Er hatte zuletzt Fleisch, Zwiebeln und Kartoffeln gegessen. Diese Mahlzeit kann dem Tode nicht lange vorausgegangen sein. Es ist anzunehmen, daß Blecher in der Nacht zum Dienstag ermordet und zerstückelt worden ist. Zur Beantwortung der Frage nach dem Tatort liefert vielleicht der Stein, der das Paket im Faulen Graben beschwerte, einen Anhalt. Die Polizei hat die ganze Gegend, in der der Ermordete zuletzt gesehen wurde, nach einem ähnlichen Stein abgesucht. An der Abbruchecke im Scheunenviertel, zwischen der Kleinen Alexander-, Grenadier-, Linien- und Schönhauserstraße, fand sie ein Stück von gleichem Bruch, gleicher Stärke und gleichen Maßen. Wahrscheinlich ist der Junge in einem der Häuser des Scheunenviertels, die dem Abbruch geweiht und nicht mehr bewohnt sind, erdrosselt und zerstückelt worden. Alle diese Häuser werden durchsucht. Ein Verdacht war aufgetaucht. Ein Schneidermeister aus dem Scheunenviertel war wegen Hausfriedensbruchs angeklagt, Blecher der Hauptbelastungs-